



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE SOZIALPOLITIK DER PiS

■ ANALYSE

Soziale Probleme lösen oder Wähler gewinnen?

Die Sozialpolitik der PiS seit 2015

2

Dominik Owczarek, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Umfragen zu Parteien und zur Familienpolitik

8

Daten zu Armut und Löhnen

9

■ CHRONIK

5. – 18. November 2019

10

Soziale Probleme lösen oder Wähler gewinnen? Die Sozialpolitik der PiS seit 2015

Dominik Owczarek, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau

Zusammenfassung

Die Regierung von Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS) stellte seit den gewonnenen Parlamentswahlen im Jahr 2015 die Sozialpolitik ins Zentrum ihres politischen Programms und erschloss sich damit die Unterstützung der Wähler, auch für eine weitere Legislaturperiode nach den Wahlen im Oktober 2019. Diesen Erfolg verdankt die Regierung den Versäumnissen im Bereich der staatlichen Sozialpolitik nach 1989 sowie der konsequenten Umsetzung eines großen Teils ihrer Wahlversprechen. Zu den eingelösten Versprechen gehören das Familienförderprogramm »500+«, die Einführung des Stundenlohns bei Dienstleistungsverträgen, die raschere Anhebung des Mindestlohns als des Durchschnittslohns, die Rücknahme der Anhebung des Renteneintrittsalters, die Einführung der 13. Rentenzahlung sowie die Rentenkürzung für Angestellte des Repressionsapparates in der Volksrepublik Polen. Einige wichtige Ankündigungen der PiS wurden nicht umgesetzt, so das Wohnungsbauprogramm »Wohnung+« und Verbesserungen im Gesundheitswesen. Die Unterstützung, die die PiS aufgrund ihrer mehrheitlich erfüllten sozialen Versprechen erhält, erlaubt, ihre kontroversen Reformen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit zu überdecken, die aufgrund ihrer Differenziertheit und nicht unmittelbaren Einflussnahme auf den Alltag für die meisten Bürgern wenig verständlich sind.

Korrektur der vernachlässigten Sozialpolitik

Polen hat es trotz seines spektakulären Wirtschaftswachstums nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems 1989 nicht geschafft, ein stabiles und kohärentes sozialpolitisches System aufzubauen. Es lässt sich nicht eindeutig einem der drei in Westeuropa vorherrschenden Modelle – konservativ, liberal oder sozialdemokratisch (nach der klassischen Definition von Gøsta Esping-Andersen) – zuordnen. Charakterisiert wird es vor allem durch Maßnahmen, den sozial Benachteiligten und Rentnern ein soziales Minimum zu sichern. Das System enthält jedoch viele Lücken und Ungleichheiten. Wichtige prägende Faktoren waren die Reformen der 1990er Jahre, die dem damals vorherrschenden neoliberalen Paradigma entsprachen, das von internationalen Institutionen in den ostmitteleuropäischen Ländern (und auch in Lateinamerika) befürwortet wurde. Dessen Ziel war es vor allem, die negativen Folgen des Transformationsprozesses von einer zentral gesteuerten Wirtschaft in Richtung Marktwirtschaft abzumildern. Nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union im Jahr 2004 wurde das sozialpolitische System durch die großzügigen EU-Strukturfonds ergänzt, die vor allem erweiterte Maßnahmen in der Arbeitsmarktpolitik ermöglichten (berufliche Weiterbildungen, Arbeitsvermittlung). Im Vergleich zur Phase vor 2004 wurde das sozialpolitische Modell allerdings nicht verändert.

Diese bedeutende Vernachlässigung der staatlichen Sozialpolitik nutzte die PiS in ihrem Wahlkampf vor den Parlamentswahlen 2015 aus. Zentrale Versprechen waren die Einführung eines für polnische Verhältnisse

großzügigen Kindergeldes im Rahmen des Familienförderprogramms »Familie 500+«, die Auflage eines Programms für den Bau günstiger Mietwohnungen »Wohnung+«, die Zurücknahme der Rentenreform, die das Renteneintrittsalter angehoben hatte, und die Einschränkung von Dienstleistungsverträgen (die anstatt der üblichen Arbeitsverträge stark verbreitet waren). Der größte Teil der angekündigten Reformen wurde in der Regierungszeit der PiS von 2015 bis 2019 eingeführt, obgleich der Grad ihrer Umsetzung nicht immer den Ankündigungen entsprach. Außerdem wurden weitere sozialpolitische Reformen eingeführt, u. a. wurde ein Mindeststundenlohn für Dienstleistungsverträge beschlossen und eine Reihe von Änderungen im Rentensystem eingeführt. Faktoren, die die erhöhten Ausgaben im Bereich der Sozialpolitik begünstigten, waren die wirtschaftliche Belebung nach einer verlangsamten Wachstumsphase zwischen 2009 und 2013 sowie die größeren Einnahmen aus der Mehrwertsteuer infolge der Schließung von Steuerschlupflöchern.

Mit dem Ziel, den Wahlerfolg zu wiederholen, setzte die PiS im Parlamentswahlkampf 2019 erneut darauf, die Forderungen aus dem Bereich der Sozialpolitik in den Vordergrund zu stellen. Zu den wichtigsten drei, dem sogenannten Kaczyński-Hattrick, gehörten erstens die schrittweise Anhebung des Mindestlohns von 2.600 Zloty brutto (zirka 610 Euro) im Jahr 2020 auf 4.000 Zloty brutto (zirka 940 Euro) im Jahr 2024, zweitens die feste Einführung der 13. und 14. Rentenzahlung in das monatliche Auszahlungssystem, drittens volle EU-Zuschüsse für die Landwirte,

vergleichbar mit dem Wert der Zuzahlungen für die Bauern in Westeuropa.

Erinnert sei daran, dass der Ausbau der sozialpolitischen Instrumente, die der *PiS* gesellschaftliche Unterstützung einbringen, gleichzeitig ein Schutzschild ist, um die in rechtsstaatlicher Hinsicht kontroversen Reformen der *PiS* durchzuführen, die sowohl im Inland als auch im Ausland zu großen Spannungen führten. Die deutliche Unterstützung für die *PiS* hält sich u. a. deshalb, weil ihr Hauptkonkurrent die konservativ-liberale Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*) ist, gegen die die *PiS* ein wirkungsvolles Narrativ aufgebaut hat, und zwar: Wenn unsere liberalen Vorgänger an die Macht zurückkehren, werden sie die neuen sozialen Maßnahmen zurücknehmen, insbesondere das Programm »Familie 500+«.

Das Flaggschiff: die Familienpolitik

Nachdem die *PiS* im Oktober 2015 die Regierung übernommen hatte, begann sie ihr wichtigstes Wahlversprechen einzulösen, die Einführung des Förderprogramms »Familie 500+« (vgl. [Polen-Analysen 186](#)). Es beruht darauf, dass jeder Familie für ihre minderjährigen Kinder jeweils 500 Zloty (zirka 120 Euro) ab dem zweiten Kind gezahlt werden und bereits für das erste Kind im Falle eines niedrigen Einkommens, das ist weniger als 800 Zloty pro Kopf (zirka 190 Euro) bzw. weniger als 1.200 Zloty pro Kopf (zirka 280 Euro) im Falle eines behinderten Kindes. So erhält beispielsweise eine Familie mit drei Kindern monatlich 1.000 Zloty und wenn sie das Kriterium des niedrigen Einkommens erfüllt, 1.500 Zloty.

Ein solches sozialpolitisches Instrument ist in den Ländern der Europäischen Union nicht unbekannt. Beispielsweise ist das Kindergeld in Deutschland ähnlich konzipiert. Die Besonderheit von »500+« besteht vielmehr in der Höhe der Leistung im Vergleich zum Einkommen der Polen und den öffentlichen Ausgaben. Dies veranschaulichen die Höhe des Medianeinkommens im Jahr 2016 – zirka 2.200 Zloty netto (zirka 520 Euro) – sowie die Kosten des Programms – zirka 23 Mrd. Zloty jährlich, was etwas unter den staatlichen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer liegt und die Hälfte der Einnahmen aus der Einkommensteuer beträgt. Das Programm »500+« wurde im April 2016 eingeführt und im Juli 2019, drei Monate vor den Parlamentswahlen, ohne Einschränkungen auf das erste Kind ausgedehnt. Die *PiS* hat also die Einlösung ihres Wahlversprechens im Laufe ihrer Regierungszeit noch ausgeweitet.

In den ersten beiden Jahren des Familienförderprogramms »500+« fiel das Niveau extremer Armut deutlich, insbesondere bei den Kindern unter 17 Jahren, und zwar von neun Prozent auf sechs Prozent zwischen 2015

und 2016 und auf fünf Prozent im Jahr 2017. (Zu den von »extremer Armut« betroffenen Haushalten gehören diejenigen, in denen das pro Kopf-Einkommen niedriger ist als der vom Institut für Arbeit und Soziales ermittelte Wert des Warenkorb und der Dienstleistungen, die die physische Existenz der Haushaltsmitglieder gewährleisten.) Es lässt sich daher begründet feststellen, dass in diesem Zeitraum diese Form von Armut unter Kindern fast halbiert wurde. Allerdings wurde 2018 ein Anstieg der extremen Armut in der Gesamtbevölkerung von 4,3 Prozent auf 5,4 Prozent verzeichnet und in der Gruppe der Kinder von 5 Prozent auf 6,5 Prozent. Als Ursache für die Verminderung des positiven Effektes des Familienförderprogramms wird gewöhnlich die Preissteigerung genannt, die auch im Jahr 2019 anhält. Zu erwarten steht daher, dass die extreme Armut in der Gruppe der Kinder wieder auf das Niveau der Zeit vor der Einführung von »500+« steigen wird. Die Erweiterung der Leistungszahlung auf das erste Kind wird keinen (positiven) Einfluss auf die Anzahl der Haushalte mit einem Einkommen unter der extremen Armutsgrenze haben, da diese Haushalte bereits von Beginn an unter das Förderprogramm fielen; die zusätzliche Leistung geht ab 2019 also nur an die Familien mit mittlerem oder höherem Einkommen.

Eine Folge des Familienförderprogramms ist auch, dass die Berufstätigkeit der Frauen um zwei bis drei Prozentpunkte gesunken ist, das betrifft zirka 200.000 Frauen. Frauen, deren Familien das Kindergeld zusteht, nehmen seltener eine Arbeit auf bzw. verzichten auf ihre bisherige Berufstätigkeit (häufig geht sie mit einem niedrigen Lohn, schlechteren Arbeitsbedingungen und Schwierigkeiten mit der An- und Abfahrt zum Arbeitsort einher). Auf das Ausscheiden von Frauen aus der Berufstätigkeit wirkt sich das Programm »500+« am stärksten in Städten mit 20.000 bis 100.000 Einwohnern aus. Gewöhnlich sind gering qualifizierte Frauen sowie solche mit Kindern im Alter von sieben bis zwölf Jahren betroffen.

Hinzu kommt, dass das Programm keinen merklichen Anstieg der Geburtenrate nach sich zog. Das heißt, eines seiner wichtigsten Ziele wurde nicht erreicht.

Im selben Zeitraum war die Anpassung der Grenzen, die zum Bezug von Sozialleistungen berechtigen, unbedeutend. (Sozialleistungen erhalten die ärmsten Haushalte, deren Einkünfte unter einer vom Sozialministerium festgesetzten Grenze liegen.) Das verstärkte das Missverhältnis zwischen dem großzügigen Kindergeld »500+« und den anderen sozialpolitischen Geldleistungen. Seit Oktober 2018 liegt die Grenze für den Bezug von Sozialhilfe bei 701 Zloty (zirka 165 Euro) für Alleinstehende und bei 529 Zloty (zirka 125 Euro) pro Person in Familien mit mindestens zwei Personen. Sie wurde von

der *PiS* infolge der alle drei Jahre obligatorischen Überprüfung von 634 Zloty (zirka 150 Euro) bzw. 514 Zloty (zirka 120 Euro) aus dem Jahr 2015, festgelegt von der Vorgängerregierung, angehoben. Die Höhe der ausbezahlten Sozialhilfe ist die Differenz zwischen der festgesetzten Einkommensgrenze und dem tatsächlichen Einkommen pro Person des betreffenden Haushaltes.

Im Ergebnis war zu beobachten, dass sich die Anzahl der Haushalte verringerte, die das Recht auf Sozialleistungen hatten. In Verbindung mit der Inflation führte dies zu einem Anstieg der relativen Armut von 13,4 Prozent im Jahr 2017 auf 14,2 Prozent im Jahr 2018. (Haushalte, die als »relativ arm« klassifiziert werden, haben pro Person unter 50 Prozent der Durchschnittsausgaben der Bevölkerung.)

Von vielen Experten wurde kritisiert, dass sich das Familienförderprogramm »500+« nicht harmonisch in das Gesamtsystem der Sozialleistungen und der Familienpolitik einfügt. Die Leistung »500+« doppelt ein anderes – weniger großzügiges – Instrument, das Betreuungsgeld, das Familien mit niedrigem Einkommen gezahlt wird, damit sie die Ausgaben im Zusammenhang mit der Kindererziehung bestreiten können. Des Weiteren übergeht es alleinerziehende Eltern (das sind vor allem Mütter) mit einem Kind, die die Grenze zum niedrigen Einkommen überschreiten. Außerdem ist die Unterstützung mit »500+« übermäßig hoch im Verhältnis zu der Höhe anderer Leistungen. Zudem legten die Daten zum Armutsniveau im Jahr 2018 einen weiteren Nachteil dieses Instrumentes frei: Es fehlt ein garantierter Anpassungsmechanismus.

Die von der *PiS* realisierte Sozialpolitik kam also nicht mit dem Problem der extremen Armut zurecht sowie sie auch nicht den Anstieg der relativen Armut aufhielt. In der öffentlichen Debatte tauchte das Schlagwort des »verlorenen Jahrzehnts« auf, beginnend mit dem Ausbruch der globalen Krise im Jahr 2008, die den Rückgang des Anteils der Armen im Land abbremste, der sich in den Jahren 2008 bis 2018 zwischen 4,3 und 7,4 Prozent bewegte.

Stabile Beschäftigung und höhere Löhne

Die *PiS*-Regierung verzeichnet sichtbare Erfolge bei Lohnerhöhungen sowie bei der Beschränkung des Ausmaßes von befristeten Beschäftigungsverhältnissen und sie plant, in der nun beginnenden Legislaturperiode in diese Richtung weiter fortzuschreiten.

Den Boden für die Reform der *PiS* bereitete bereits die Regierungskoalition der Bürgerplattform und der Polnischen Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*) unter Ministerpräsidentin Ewa Kopacz am Ende ihrer Regierungszeit. Im Jahr 2015 führte sie Änderungen des Arbeitsgesetzbuches ein, mit dem Ziel, die Flut

der befristeten Arbeitsverträge einzuschränken. Eine der Änderungen begrenzte die Anzahl der fortlaufenden befristeten Verträge auf maximal drei und ihre Gesamtlaufzeit auf 33 Monate. Zusammen mit den drei Monaten Probezeit kann der Arbeitnehmer dann nicht länger als drei Jahre auf Grundlage befristeter Verträge eingestellt werden. Diese neuen Vorschriften traten im Januar 2016 in Kraft, das heißt bereits unter der *PiS*-Regierung, wobei die Auswirkungen auf den Anteil der befristeten Verträge erst Ende 2018 umfassend sichtbar wurden. Die befristeten Anstellungen sanken sukzessiv von 28 Prozent im Jahr 2015 auf 24,3 Prozent im Jahr 2018. Die *PO-PSL*-Koalition hatte im Jahr 2015 noch eine weitere Reform beschlossen, die ebenfalls Anfang 2016 in Kraft trat, und zwar wurden die Dienstleistungsverträge bis zur Höhe des Mindestlohns sozialversicherungspflichtig; im Jahr 2016 betrug dieser 1.750 Zloty brutto (zirka 410 Euro). Im Ergebnis verloren die Verträge aufgrund ihrer höheren Kosten für die Arbeitgeber an Attraktivität.

Die *PiS*-Regierung hob im Jahr 2017 den Mindestlohn von monatlich 1.750 Zloty brutto (zirka 410 Euro) auf 2.000 Zloty brutto (zirka 475 Euro) an, was die Arbeitnehmer betrifft, deren Verträge nach dem Arbeitsgesetzbuch geregelt sind. Der Mindestlohn stieg nominell um mehr als acht Prozent, was das größte Wachstum in den vergangenen Jahren war. Für diejenigen Arbeitnehmer, die erst kürzlich ihre erste Arbeitsstelle antraten, betrug der Anstieg sogar 35 Prozent, da die neuen Vorschriften den Mindestlohn unabhängig vom Jahr der Berufstätigkeit angingen – vorher betrug der Mindestlohn im ersten Beschäftigungsjahr 80 Prozent des Mindestlohns. Die Erhöhung des Mindestlohns fiel höher aus, als es die Sozialpartner ursprünglich vorgeschlagen hatten. In den folgenden Jahren stieg der Betrag ebenfalls deutlich, allerdings bereits in etwas vermindertem Tempo: auf 2.100 Zloty brutto (zirka 495 Euro) im Jahr 2018 und 2.250 Zloty brutto (zirka 530 Euro) im Jahr 2019. 2018 stieg der Mindestlohn etwas langsamer als der Durchschnittslohn, während in den anderen Jahren der Mindestlohn schneller als der Durchschnittslohn anstieg. In der ersten Regierungsphase der *PiS* lag der Mindestlohn bei 44,9 bis 46,8 Prozent des Durchschnittslohns. Zurzeit erhalten zirka zehn Prozent der Arbeitnehmer den Mindestlohn (bzw. anteilig einen niedrigeren Lohn wenn sie zum Beispiel nur in Teilzeit beschäftigt sind oder nur für eine bestimmte Anzahl von Tagen pro Monat etc.).

Außer der deutlichen Erhöhung des Mindestlohns verabschiedete die *PiS*-Regierung im Jahr 2017 neue Vorschriften, die zum ersten Mal einen minimalen Stundenlohn für Dienstleistungsverträge einführten. Vor der Reform war der Stundenlohn nach unten nicht begrenzt

und es kamen sogar Beträge von vier Zloty brutto (zirka 90 Cent) vor. Der Stundenlohn wurde in Relation zum monatlichen Mindestlohn gesetzt, so dass beide Werte proportional wachsen müssen. Der Anhebungsmechanismus ist die Garantie eines Minimalstandards der Entlohnung. 2017 betrug der Mindeststundenlohn 13 Zloty brutto (zirka 3,10 Euro) und 2019 bereits 14,70 Zloty brutto (zirka 3,50 Euro). Der deutliche Anstieg des Monatslohns und die Einführung des Mindeststundenlohns können zu einer wesentlichen Reduzierung der Armut unter der arbeitenden Bevölkerung beitragen, insbesondere in der Gruppe der unter extrem prekären Bedingungen arbeitenden Menschen.

Vor den Parlamentswahlen versprach die *PiS* eine schrittweise Anhebung des Mindestlohns von 2.600 Zloty brutto (zirka 610 Euro) im Jahr 2020 auf 4.000 Zloty brutto (zirka 940 Euro) im Jahr 2024. Die Umsetzung dieses Plans begann bereits mit der Festlegung für 2020 und der Vorhaltung entsprechender Haushaltsmittel für 2020. Dies bedeutet die größte Erhöhung seit 1989, und zwar um 15,6 Prozent. Bei Einlösung des Versprechens würde der Mindestlohn in den kommenden Jahren um durchschnittlich neun Prozent jährlich steigen, was in der Geschichte der Dritten Republik eine bisher beispiellose Dynamik wäre.

Die regierende *PiS* begründet die so deutliche Erhöhung auch mit der Notwendigkeit, das Wirtschaftsmodell zu verändern, und zwar von einem Modell, das sich auf niedrige Arbeitskosten stützt, hin zu einem Modell, das dank Innovationen auf qualitativ hochwertigen Produkten und Dienstleistungen gründet. Ein wichtiges Element der politischen Narration ist auch der Wunsch, das Ausmaß der Arbeitsmigration aus Polen zu reduzieren – im Jahr 2018 hielten sich 1,5 Millionen Polen zeitweise im Ausland, vor allem in Großbritannien und Deutschland, auf – sowie die Emigranten zur Rückkehr nach Polen zu bewegen (was nicht ohne Einfluss auf den westlichen Arbeitsmarkt wäre).

Das Wahlversprechen der *PiS* wird vor allem von Unternehmern und Arbeitgebern mittelständischer und kleiner Unternehmen kritisiert, und zwar wegen der fehlenden Harmonisierung des Mindestlohnanstiegs mit dem Anstieg des Durchschnittslohns und der Arbeitsproduktivität. Sie warnen, dass ein so schneller Anstieg Entlassungen und Insolvenzerklärungen bei Firmen mit geringer Gewinnspanne und bei Firmen mit einem hohen Anteil an Arbeitskosten zur Folge haben kann. Experten vermuten, dass die Neuerungen auch zum Wachstum einer Grauzone beitragen können.

Die Sozialpartner (Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften) und auch linke Milieus kritisieren den autoritären Charakter der Änderungen. Der Lohn soll von der Regierung angeordnet werden, ohne Konsul-

tationen in demokratischen Prozessen mit den Sozialpartnern und anderen Akteuren, womit die Strukturen des gesellschaftlichen Dialogs ignoriert werden und die Autonomie der Sozialpartner eingeschränkt wird zugunsten des Staates, der die Wirtschaft reguliert.

Nach den Jahren der Wirtschaftskrise, als die Arbeitslosenquote über zehn Prozent betrug, ist die Arbeitslosigkeit aktuell von der Liste der dringendsten öffentlichen Angelegenheiten verschwunden. Nach Angaben von Eurostat fiel die Arbeitslosenquote auf 3,9 Prozent im Jahr 2018 und verringerte sich 2019 abermals auf das historisch niedrigste Niveau. Das Problem der Arbeitslosigkeit ist gegenwärtig nur in einigen Regionen und Gesellschaftsgruppen von Bedeutung, so bei Menschen mit Behinderungen und bei jungen Menschen, was auf andere, strukturelle Barrieren verweist. Ähnlich wie bei der Mehrheit der EU-Mitgliedsländer ist der Fachkräftemangel die größere Herausforderung und ein Hindernis für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung.

Früherer Rentenbeginn, höhere Renten

Eins der wichtigsten Schlagworte im Präsidentschaftswahlkampf 2015 und anschließend im Parlamentswahlkampf war die Zurücknahme der Reform des Renteneintrittsalters, die die *PO-PSL*-Regierung eingeführt hatte. Die Reform hatte die schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre für Männer und Frauen ab dem Jahr 2013 vorgesehen. Das hieß eine Erhöhung um zwei Jahre bis zum Jahr 2020 für die Männer und um sieben Jahre bis zum Jahr 2040 für die Frauen. Die Reform ermöglichte auch einen früheren Rentenbeginn unter der Bedingung einer proportionalen Reduzierung der Rentenzahlungen. Ein wichtiger Bezugspunkt für die Regierungsargumentation waren damals die Rentenreformen in Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern gewesen.

Die Reform des Renteneintrittsalters wurde von der *PiS* nicht nur mit Blick auf ihre Rechtmäßigkeit kritisiert, sondern vor allem wegen ihrer zu schnellen Einführung und der nicht ausreichend geführten gesellschaftlichen Konsultationen, insbesondere der Abweisung des Bürgerantrags auf ein Referendum in dieser Angelegenheit. Unterstützt wurden die Argumente der *PiS* von der Gewerkschaft *Solidarność*. Andrzej Duda, der Präsidentschaftskandidat der *PiS*, leitete aus der Forderung, die Reform zurückzunehmen, seine Hauptaussage ab, dass er ein Präsident des Dialogs sein werde, der den Stimmen der Gesellschaft Gehör schenken werde. Nach den gewonnenen Präsidents- und Parlamentswahlen im Jahr 2015 wurde 2017 die Reform des Renteneintrittsalters auf Antrag von Präsident Duda und mit Zustimmung des *PiS*-dominierten Parlaments zurückgezogen.

Gegenwärtig gilt für Männer das Eintrittsalter von 65 und für Frauen von 60 Jahren, so wie vor 2013. Allerdings war dies ein etwas widerwillig realisiertes Wahlversprechen angesichts der Erkenntnisse über die zunehmenden Probleme des Sozialversicherungsfonds infolge der schnell alternden Gesellschaft. Die Änderung wurde von einer Kampagne von Ministerialbeamten und Politikern der *PiS* begleitet, die animieren sollte, länger berufstätig zu bleiben.

Die *PiS* schlug auch eine Änderung des Rentensystems vor, um die Rentensparnisse der Polen zu vergrößern. Nach der wichtigsten Rentenreform im Jahr 1999 setzte sich das Beitragssystem aus drei Säulen zusammen: der ersten, obligatorischen staatlichen Säule in Form des Sozialversicherungsfonds, der zweiten, obligatorischen kommerziellen Säule in Form der Offenen Rentenfonds und die dritten, fakultativen Säule in Form von Instrumenten des individuellen Sparens, die von kommerziellen Finanzinstituten angeboten werden (beispielsweise individuelle Rentensparkonten). Aufgrund der mangelhaften Konstruktion der Offenen Rentenfonds, die zu einem raschen Anstieg der öffentlichen Schulden führte, wurde die zweite Säule im Jahr 2014 unter der *PO-PSL*-Regierung weitgehend aufgelöst. Um die Rentensparnisse der Bürger zu vergrößern, begründete die *PiS* im Jahr 2019 die Arbeitnehmer-Kapitalpläne, die insofern an die Offenen Rentenfonds erinnern, als hier Institute des Finanzmarktes als kommerzielle Anbieter tätig werden. Der Unterschied besteht allerdings in der Freiwilligkeit. Zwar wird jeder Arbeitnehmer automatisch in die Arbeitnehmer-Kapitalpläne eingeschrieben und erhält als Anreiz zu Beginn 250 Zloty vom Staat sowie weitere 240 Zloty für jedes Jahr in diesem Programm, aber der Sparer kann sich zu einem beliebigen Zeitpunkt auch wieder aus dem Programm austragen lassen und erhält die bis dahin angesparte Summe. Die Teilnahme beruht auf der Zahlung von Beiträgen, und zwar in Höhe von zwei Prozent des Einkommens auf Arbeitnehmerseite und 1,5 Prozent auf Arbeitgeberseite. Die Höhe der Beiträge kann man freiwillig um bis zu zwei Prozent auf Arbeitnehmerseite und um bis zu 2,5 Prozent auf Arbeitgeberseite erhöhen. Im Endeffekt kann der Gesamtwert der monatlichen Beiträge für die Arbeitnehmer-Kapitalpläne bis zu acht Prozent des Monatseinkommens betragen. Die Teilnahme an diesem Programm bedeutet ein niedrigeres Nettogehalt für den Arbeitnehmer. Die Reform wird schrittweise eingeführt: Im Juli 2019 traten dem Programm die größten Arbeitgeber, mit mehr als 250 Beschäftigten, bei. Ab Januar 2021 sollen kleine Firmen und der öffentliche Dienst beitreten.

In der Gruppe der Rentner steigt das Niveau der extremen Armut (von 3,9 Prozent im Jahr 2016 auf 4,6

Prozent im Jahr 2018) und es vergrößert sich die Anzahl derjenigen, die eine Rente unterhalb der Mindestrente erhalten. Das Recht auf die Mindestrente haben Frauen, die mehr als 20 Beitragsjahre aufweisen, und Männer mit mehr als 25 Beitragsjahren. Personen, die kürzer in die Rentenkassen eingezahlt haben, was vor allem Frauen betrifft, sind von der Mindestrente ausgeschlossen. Die Höhe ihrer Rentenbezüge ergibt sich aus dem Wert der angehäuften Beiträge.

Als Antwort darauf schlug die *PiS* für jeden Rentenbezieher eine einmalige 13. Zahlung der monatlichen Rente im April 2019 vor, also einen Monat vor den Wahlen zum Europäischen Parlament. Für den Staatshaushalt bedeutete das eine einmalige Ausgabe in Höhe von 10,8 Milliarden Zloty (zirka 2,5 Milliarden Euro). Bei dieser Maßnahme ließ sich die regierende Partei auch von dem Wunsch leiten, Stimmen der ältesten Wählergruppe zu erhalten (von der sie allgemein die größte Unterstützung erhält) und deren Wahlbeteiligung zu erhöhen. Im Wahlkampf für den Sejm versprach die *PiS*, die 13. Rente als ständige Zahlung in das Rentensystem aufzunehmen sowie ab dem Jahr 2021 auch eine 14. Rente an die Mehrheit der Rentenbezieher auszahlen (nur die zehn Prozent, die die höchste Rente erhalten, sollen ausgenommen werden). Das im Oktober 2019 neu gewählte Parlament soll sich mit den legislativen Änderungen befassen.

Eine weitere wesentliche Reform mit symbolischer Bedeutung war 2016 die Einführung des »Anti-Stasi-Gesetzes« (*ustawa dezubekizacyjna*). Es reduziert die Renten der Geheimdienstoffiziere der Volksrepublik Polen und war eine Form der Rache an den Angestellten des Repressionsapparates. Die Rente wird nach dem Prinzip null Prozent der Bemessungsgrundlage für jedes Jahr Dienst an dem totalitären Staat berechnet. Darüber hinaus kann die Rente die von der Rentenanstalt ausgezahlte Durchschnittsrente nicht übersteigen (zirka 1.800 Zloty, zirka 425 Euro im Jahr 2019), unabhängig davon, wie viele Jahre die Person nach 1990 noch gearbeitet hat. Viele Betroffene haben bei Gericht Berufung eingelegt (es handelt sich um fast 19.000 Fälle). Das Gesetz wird nicht nur als unrechtmäßige Beschränkung erworbener Rechte kritisiert, sondern auch dafür, dass die Gruppe der Betroffenen zu groß gefasst ist und auch die umfasst, die in der Realität keine operativen Tätigkeiten für die Volksrepublik durchgeführt hatten.

Nicht eingelöste Versprechen

Schließlich sollen kurz einige wesentliche Versprechen der *PiS* aus dem Parlamentswahlkampf 2015 und den Folgejahren genannt werden, die nicht umgesetzt wurden.

Die Ankündigung, im Rahmen des Programms »Wohnung+« bis zum Jahr 2030 eine Million günstiger Mietwohnungen zu bauen, fiel in einem Land mit einer der niedrigsten Wohnflächen pro Einwohner auf fruchtbaren Boden. Nach vier Jahren Regierungszeit der *PiS* sind knapp 900 Wohnungen zur Nutzung freigegeben, das heißt weniger als ein Promille des Plans. Das hat u. a. damit zu tun, dass die Möglichkeiten falsch eingeschätzt wurden, Baugrundstücke des Staatsschatzes und der Selbstverwaltungseinheiten zu erhalten. Auch ist es nicht gelungen, die Ankündigung niedriger Mieten einzulösen.

Unter dem Einfluss von Massenprotesten verschiedener Gruppen im Gesundheitswesen im Herbst 2017 unterzeichnete die *PiS* die Vereinbarung, die Ausgaben für das öffentliche Gesundheitswesen auf sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) anzuheben, die Gehälter zu erhöhen und mehr Stellen für die Facharztbildung zu schaffen. Trotz des nominalen Anstiegs der öffentlichen Ausgaben für das Gesundheitswesen ab dem Jahr 2018 sank ihr Anteil am BIP im Vergleich

zur der Zeit vor den Protesten. Mit Ausgaben in Höhe von 4,4 Prozent des BIP im Jahr 2015 lag Polen deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 7,2 Prozent. Infolge der mangelnden Funktionsfähigkeit der öffentlichen Gesundheitsdienste sind die Patienten gezwungen, sich an private Einrichtungen zu wenden – und geben für die private Behandlung zirka zwei Prozent des BIP aus. Nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (engl. *OECD*) (2015) kommen in Polen auf 1.000 Menschen 2,3 Ärzte, während der Durchschnitt in den Länder der *OECD* 3,3 und in den Staaten der EU 3,4 beträgt. Im Bereich der Gesundheitsfürsorge hat die *PiS* ihre Versprechen, kostenfreie Medikamente für Schwangere und kostenlose Schulesen für die Kinder einzuführen und die Warteschlangen zu den Fachärzten aufzulösen, nicht gehalten. Es gelang also nicht, den Kollaps im Gesundheitssystem aufzuhalten.

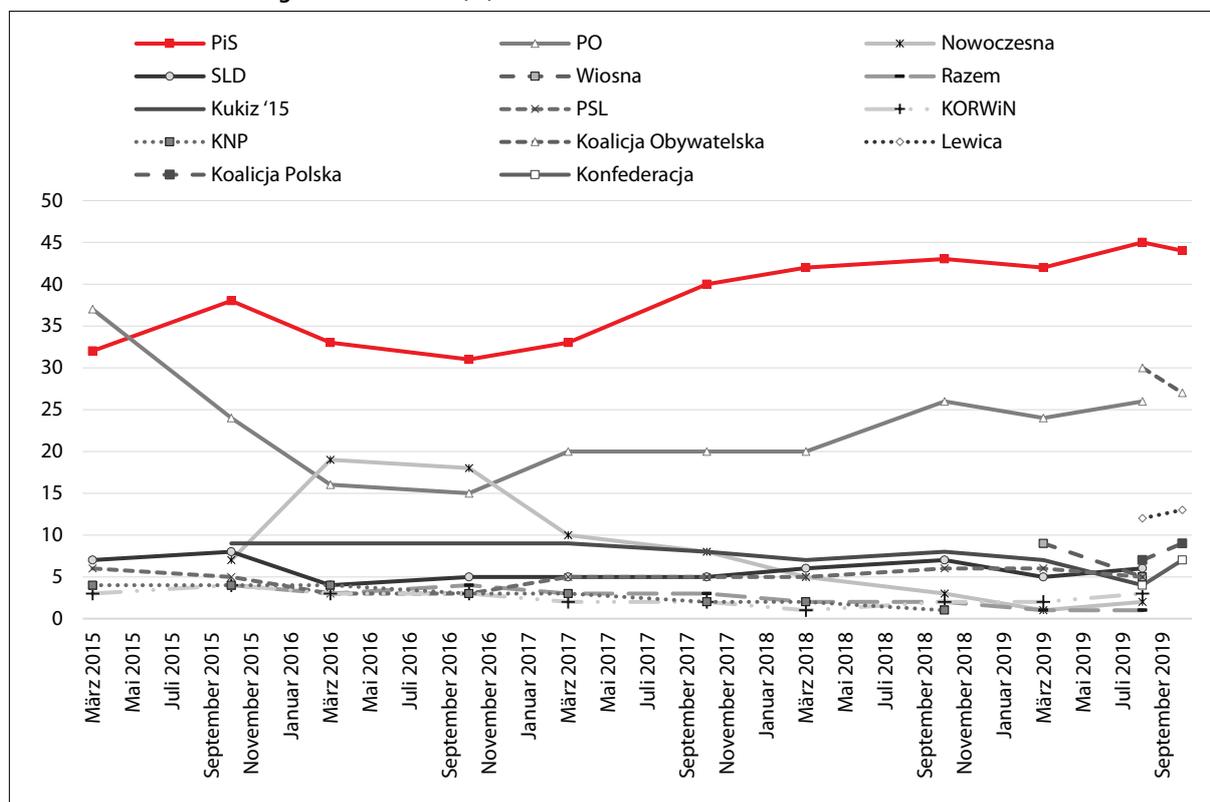
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Dominik Owczarek ist Direktor des Programms »Sozialpolitik« am Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau (Instytut Spraw Publicznych/ISP, Warszawa). Seine Forschungsgebiete sind die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Dazu erschienen u. a. »*Social Inclusion in Poland: Catching Up at an Uneven Speed*« (2017) zusammen mit Christian Keuschnigg, und »*Poland – When fear wins: causes and consequences of Poland's populist turn*« [in:] »*Nothing to Fear but Fear Itself? Mapping and responding to the crisis culture and politics of fear in the European Union*« (2017) zusammen mit Jacek Kucharczyk, Aleksander Fuksiewicz und Małgorzata Druciarek.

Umfragen zu Parteien und zur Familienpolitik

Graphik 1: Unterstützung für die Parteien (%)

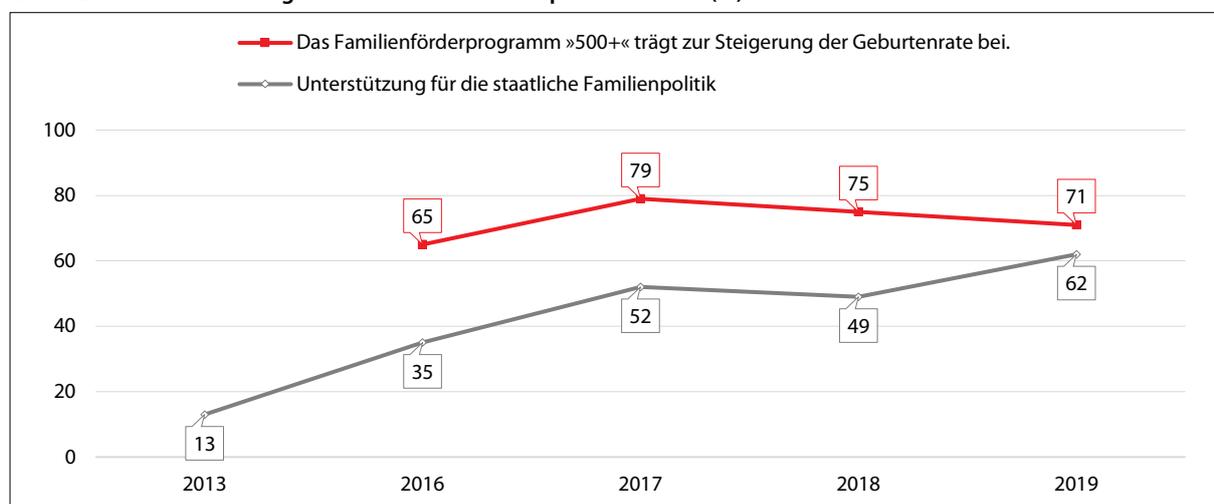


	März 2015	Oktober 2015	März 2016	Oktober 2016	März 2017	Oktober 2017	März 2018	Oktober 2018	März 2019	August 2019	Oktober 2019
PiS	32	38	33	31	33	40	42	43	42	45	44
PO	37	24	16	15	20	20	20	26	24	26	
Nowoczesna		7	19	18	10	8	5	3	1	2	
SLD	7	8	4	5	5	5	6	7	5	6	
Wiosna									9	5	
Razem		4	3	4	3	3	2	2	1	1	
Kukiz '15		9	9	9	9	8	7	8	7	4	
PSL	6	5	3	3	5	5	5	6	6	5	
KORWiN	3	4	3	3	2	2	1	2	2	3	
KNP	4	4	4	3	3	2	2	1			
Koalicja Obywatelska										30	27
Lewica										12	13
Koalicja Polska										7	9
Konfederacja										4	7

PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; Nowoczesna – Die Moderne; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksalianz; Wiosna – Frühling; Razem – Gemeinsam; PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; KORWiN/Koalicja Odnowry Rzeczypospolitej Wolność i Niepodległość – Koalition der Erneuerung der Republik Freiheit und Unabhängigkeit; KNP/Kongres Nowej Prawicy – Kongress der Neuen Rechten; KO/Koalicja Obywatelska (PO, Nowoczesna) – Bürgerkoalition; Lewica (SLD, Wiosna, Razem) – Die Linke; Koalicja Polska (PSL, Kukiz '15) – Polnische Koalition; Konfederacja (KORWiN, Ruch Narodowy – Nationale Bewegung) – Konföderation

Quelle: Zusammenstellung des Autors Dominik Owczarek auf der Grundlage von Umfragen durch IPSOS

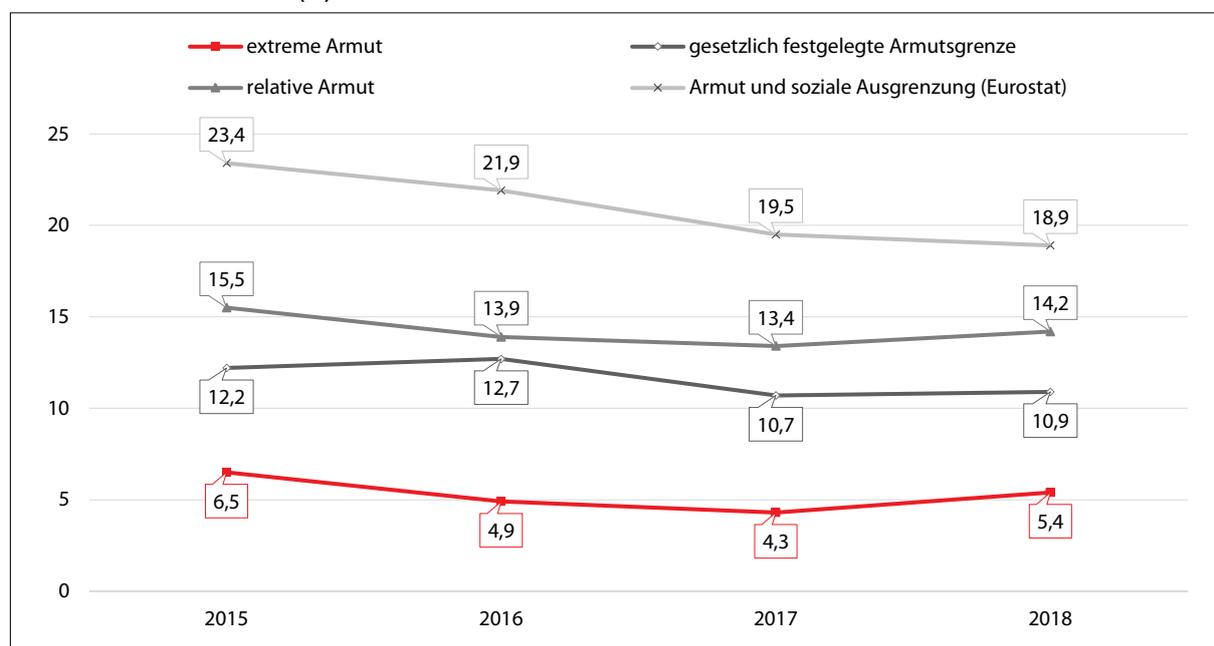
Grafik 2: Die Bewertung der staatlichen Familienpolitik in Polen (%)



Quelle: Zusammenstellung des Autors Dominik Owczarek auf der Grundlage von Daten von CBOS

Daten zu Armut und Löhnen

Grafik 1: Armut in Polen (%)



Haushalte in extremer Armut sind diejenigen, in denen das pro Kopf-Einkommen niedriger ist als der vom Institut für Arbeit und Soziales festgelegte Wert des Warenkorb und der Dienstleistungen, die für die physische Existenz unbedingt notwendig sind.

Haushalte in relativer Armut sind diejenigen, in denen die Ausgaben pro Kopf weniger als 50 Prozent der durchschnittlichen Ausgaben der Bevölkerung betragen. Die gesetzlich festgelegte Armutsgrenze wird vom Sozialministerium festgesetzt und bezieht sich auf das pro Kopf-Einkommen im Haushalt, Haushalte unter dieser Grenze sind berechtigt, Sozialhilfe zu beziehen.

Armut und soziale Ausgrenzung nach Eurostat betreffen die Haushalte, in denen mindestens eines der drei Kriterien erfüllt wird: Das pro Kopf-Einkommen ist niedriger als 60 Prozent des Medians (Einkommensarmut); es bestehen Schwierigkeiten, mindestens vier von neun Bedürfnissen zu befriedigen/Gütern zu erwerben, die unter europäischen Bedingungen als grundlegend gelten (materielle Deprivation); die Beschäftigung der erwachsenen Personen des Haushaltes beträgt weniger als 20 Prozent ihres gesamten Arbeitspotentials (geringe Arbeitsintensität).

Quelle: Zusammenstellung des Autors Dominik Owczarek auf der Grundlage von Daten des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny) und Eurostat

Tabelle 1: Lohnentwicklungen

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Anstieg des BIP (%)	3,80%	2,90%	4,60%	5,10%	4,3%**	3,6%**				
Mindeststundenlohn (in Zloty, brutto)			13,0	13,7	14,7	17,0				
Mindestlohn (in Zloty, brutto)	1.750	1.850	2.000	2.100	2.250	2.600	2.834	3.089	3.367	4.000
jährliche Veränderung	4,0%	5,7%	8,1%	5,0%	7,1%	15,6%				
Durchschnittslohn (in Zloty, brutto)*	3.900	4.047	4.272	4.585	-	-				
jährliche Veränderung	3,1%	3,8%	5,6%	7,3%	-	-				
Mindestlohn im Verhältnis zum Durchschnittslohn	44,9%	45,7%	46,8%	45,8%						
Anteil der befristeten Arbeitsverträge	28,0%	27,5%	26,1%	24,3%	-	-				

* wird auf der Grundlage des Unternehmenssektors berechnet und berücksichtigt Unternehmen mit mindestens neun Beschäftigten

**Prognose der Polnischen Nationalbank

Quelle: Zusammenstellung des Autors Dominik Owczarek auf der Grundlage von Daten des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny) und Eurostat

CHRONIK

5. – 18. November 2019

05.11.2019	Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates und ehemaliger Ministerpräsident Polens aus der Partei Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), gibt bekannt, dass er nicht für die Präsidentschaftswahlen in Polen im kommenden Jahr kandidieren wird. Zwar sei die Opposition in der Lage, die Wahlen zu gewinnen, allerdings stehe er als ehemaliger Ministerpräsident für unpopuläre Entscheidungen, die er auch heute nicht abstreite, so Tusk.
05.11.2019	Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) in Luxemburg ist das Gesetz zur Zwangspensionierung von Richtern an ordentlichen Gerichten in Polen nicht mit dem EU-Recht vereinbar. Das Gesetz hatte Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) im Zuge der Justizreform verabschiedet. Das Außenministerium teilt mit, dass das vom EuGH bemängelte Gesetz inzwischen bereits überarbeitet worden sei.
06.11.2019	Präsident Andrzej Duda teilt mit, dass Polen ab dem 11. November offiziell in das US-»Visa Waiver Program« aufgenommen wird. Das bedeutet, dass sich Polen zu geschäftlichen und touristischen Zwecken bis zu 90 Tage ohne Visum in den USA aufhalten dürfen.
06.11.2019	Auf seiner ersten Fraktionssitzung beschließt das linke Bündnis »Koalitionsfraktion Gemeinsam, Demokratische Linksallianz, Frühling« (Koalicyjny Klub Razem, Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD), Wiosna), SLD-Partei- chef Włodzimierz Czarzasty als Kandidaten für die Position des stellvertretenden Sejm marschalls und die Vizepar- teichefin von Frühling, Gabriela Morawska-Stanecka, als Kandidatin für das Amt der Vizemarschallin des Senats aufzustellen. Der Koalitionsfraktion stehen Krzysztof Gawkowski (Frühling) und seine Stellvertreterin Marcelina Zawisza (Die Linke Gemeinsam/Lewica Razem) vor.
08.11.2019	Der Parteivorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Grzegorz Schetyna, gibt bekannt, dass das Wahlbündnis Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) als Kandidaten für das Amt des Senatsmarschalls Tomasz Grodzki (KO) aufstellt und Bogdan Borusewicz (KO) als dessen Stellvertreter.
08.11.2019	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki gibt die Kandidaten für die Ministerämter bekannt. Wie bisher sollen Mariusz Błaszczak das Verteidigungsministerium, Jacek Czaputowicz das Außenministerium, Mariusz Kamiński das Innenministerium und Zbigniew Ziobro das Justizministerium führen. Der Arbeitsbereich »Europäische Union« unter Konrad Szymański soll vom Außenministerium abgezogen und beim Ministerpräsidenten angesiedelt wer- den. Aus dem bisherigen Umweltministerium soll ein Ressort für Klima ausgegliedert werden. Außerdem sollen ein Ministerium für die Eigentumsaufsicht und eines für die Verwaltung von Stiftungen neu eingerichtet werden.

09.11.2019	Präsident Andrzej Duda nimmt auf Einladung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Berlin an den Hauptfeierlichkeiten zum 30. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer teil. Ebenfalls anwesend sind die Staatsoberhäupter der Slowakei, Zuzana Čaputová, Tschechiens, Miloš Zeman, und Ungarns, János Áder. An der Gedenkstelle für die Todesopfer infolge von Fluchtversuchen sowie am Denkmal für die Verdienste Polens, der Slowakei, Tschechiens und Ungarns für den Zusammenbruch des kommunistischen Systems werden Blumen niedergelegt. Am Nachmittag besucht Duda das ehemalige nationalsozialistische Konzentrationslager Sachsenhausen und gedenkt der polnischen Opfer der sog. Sonderaktion Krakau im November 1939.
11.11.2019	In ganz Polen wird der Feiertag der Unabhängigkeit (1918) mit Veranstaltungen und Unabhängigkeitsmärschen begangen. In Warschau findet zum zehnten Mal ein rechtsnational ausgerichteter Marsch der Unabhängigkeit statt, an dem nach Angaben der Organisatoren 150.000, nach Angaben der städtischen Behörde 47.000 Menschen teilgenommen haben sollen. In Breslau (Wrocław) wird ein von der nationalistischen Szene organisierter Marsch durch die Polizei mit Hilfe von Wasserwerfern aufgelöst, da die Teilnehmer Raketen abgefeuert und antisemitische Parolen vertreten haben sollen. Medienberichten zufolge sollen an dem Marsch eintausend bis mehrere tausend Personen teilgenommen haben.
12.11.2019	Der Sejm kommt in Warschau zu seiner konstituierenden Sitzung nach den Parlamentswahlen am 13. Oktober zusammen. Als Senior-Sejmmarschall hält der ehemalige Verteidigungsminister Antoni Macierewicz (Recht und Gerechtigkeit/ Prawo i Sprawiedliwość – PiS) die Eröffnungsrede. Die Übergabe dieses Amtes an Macierewicz durch Präsident Andrzej Duda hatte im Vorfeld Kritik vonseiten der Opposition hervorgerufen, die Macierewicz eine destruktive Personalpolitik im Verteidigungsministerium und die Zerschlagung politischen Kapitals im Umgang mit dem Flugzeugabsturz von Smolensk (2010) vorwarf. In der Sitzung wird Elżbieta Witek (PiS) zur Sejmmarschallin gewählt.
12.11.2019	Der 100-köpfige Senat wählt Tomasz Grodzki, Kandidat der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), mit 51 Stimmen in das Amt des Senatsmarschalls. Für Stanisław Karczewski, bisheriger Senatsmarschall von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), stimmten 48 Senatoren; es gab eine Enthaltung.
12.11.2019	Borys Budka, stellvertretender Parteichef der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), wird zum Fraktionsvorsitzenden des Parteibündnisses Bürgerkoalition gewählt. Die Fraktion beschließt, dass ihr vollständiger Name »Bürgerkoalition PO Die Moderne Initiative Polen Die Grünen« (Koalicja Obywatelska PO Nowoczesna Inicjatywa Polska Zieloni) lauten soll.
14.11.2019	In einer Fernsehansprache spricht sich der vor zwei Tagen gewählte Senatsmarschall Tomasz Grodzki (Bürgerkoalition/Koalicja Obywatelska – KO) für einen respektvollen und anständigen Umgang, für Rechtsstaatlichkeit, Wahrheit und solide inhaltliche Arbeit aus. Der knapp von den Oppositionsparteien dominierte Senat werde kein Instrument werden, um Gesetzgebungsverfahren zu blockieren; vom Sejm eingebrachte Gesetze, die für richtig befunden würden, würden unterstützt, andere würden überarbeitet und an den Sejm zurückgegeben. Außerdem werde der Senat eigene Gesetzesinitiativen auf den Weg bringen.
15.11.2019	Präsident Andrzej Duda beruft die neue Regierung, an deren Spitze wieder Mateusz Morawiecki (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) steht. Morawiecki hatte vor drei Tagen den Rücktritt der Vorgängerregierung beim Präsidenten eingereicht und war von diesem am Vortag als designierter Ministerpräsident mit der Regierungsbildung beauftragt worden.
17.11.2019	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki nimmt in Prag (Tschechien) an den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der »Samtenen Revolution« teil. Er unterstreicht, dass in Polen Anfang der 1980er Jahre mit der Entstehung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność und mit den halbfreien Wahlen 1989 die Entwicklung zu mehr Freiheit und Demokratisierung in Ostmitteleuropa begonnen habe, die sich auch auf Ungarn, die DDR und die ČSSR ausgewirkt habe. Anwesend sind außer dem Ministerpräsidenten der Tschechischen Republik Andrej Babiš auch die Regierungschefs der Slowakei und Ungarns, Peter Pellegrini und Viktor Orbán, sowie der Präsident des Deutschen Bundestages, Wolfgang Schäuble.
18.11.2019	Am zweiten Tag des offiziellen Besuchs der polnischen Delegation in der Tschechischen Republik aus Anlass des 30. Jahrestages der »Samtenen Revolution« nehmen Sejmmarschallin Elżbieta Witek (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und der stellvertretende Senatsmarschall Bogdan Borusewicz (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) am Treffen der Parlamentspräsidenten der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) teil. Witek sagt, wesentlich für die Umsetzung der europäischen Werte sei es, die Bedürfnisse der Bürger und die sozial-wirtschaftliche Kohäsion der EU-Staaten in den Vordergrund zu stellen.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2019 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.